



Beschlusskammer 8

Aktenzeichen: BK8-16/1041-712

Beschluss

In dem Verwaltungsverfahren

nach § 26 Abs. 2, § 32 Abs. 1 Nr. 10, § 4 ARegV i.V.m. § 29 Abs. 1 EnWG

wegen **Festlegung des übergelenden Anteils
der kalenderjährlchen Erlösobergrenzen**

hat die Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekom-
munikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,

auf übereinstimmenden Antrag der

Bayernwerk Netz GmbH, Lilienthalstraße 7, 93049 Regensburg, gesetzlich vertreten
durch die Geschäftsführung,

- abgebender Netzbetreiber -

und der

Stromnetz Kulmbach GmbH & Co. KG, Hofer Straße 14, 95326 Kulmbach, vertreten
durch die Stromnetz Kulmbach Verwaltungs GmbH, Hofer Straße 14, 95326 Kulm-
bach, und diese gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung,

- aufnehmender Netzbetreiber -

durch den Vorsitzenden Karsten Bourwieg,
den Beisitzer Bernd Petermann
und den Beisitzer Rainer Bender,

am 18.12.2017 beschlossen:

1. Die unter dem Aktenzeichen BK8-12/1041-11 mit Beschluss vom 17.11.2014 ursprünglich festgelegten kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des abgebenden Netzbetreibers werden für den Zeitraum der zweiten Regulierungsperiode jeweils um die in **Anlage 1** genannten Beträge vermindert.
2. Die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des aufnehmenden Netzbetreibers werden für den Zeitraum der zweiten Regulierungsperiode erstmals in Höhe der in **Anlage 1** genannten Beträge festgelegt.
3. Die Übertragung des aus einem Erweiterungsfaktor resultierenden Anteils der Erlösobergrenzen nach den Ziffern 1 und 2 erfolgt für jeden Netzbetreiber unter der auflösenden Bedingung, dass nachfolgend für sein Netzgebiet ein Erweiterungsfaktor genehmigt wird, in dem der Netzübergang Berücksichtigung findet.
4. Hinsichtlich der Kosten ergeht eine gesonderte Entscheidung.

Gründe

I.

Die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des abgebenden Netzbetreibers wurden durch die Bundesnetzagentur erstmals mit Beschluss vom 17.11.2014 unter dem Aktenzeichen BK8-12/1041-11 festgelegt.

Der abgebende Netzbetreiber übertrug den Netzteil der Stadt Kulmbach (OT Aichig, Blauch, Burghaig, Dörnhof, Donnersreuth, Forstlahm, Gelbe Weiden, Grundhaus, Herlas, Kauernburg, Kessel, Kulmbach, Linding, Mangersreuth, Metzdorf, Oberkodach, Petzmansberg, Plassenburg, Plosenberg, Priemershof, Pörbitsch, Tiefenbach, Unterpurbach, Weiher und Ziegelhütten) mit Wirkung zum 01.01.2016 an den aufnehmenden Netzbetreiber. Die Festlegung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen für die zweite Regulierungsperiode wurde mit Schreiben vom 11.07.2016 durch die beteiligten Netzbetreiber gemäß § 26 Abs. 2 S. 1 ARegV beantragt.

Die Beschlusskammer hat daraufhin ein Verfahren zur Festlegung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen nach § 26 Abs. 2 i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 10, § 4 ARegV und § 29 Abs. 1 EnWG eingeleitet. Die Landesregulierungsbehörde, in deren Gebiet der abgebende und der aufnehmende Netzbetreiber ihren Sitz haben, wurde gemäß § 55 Abs. 1 EnWG über die Einleitung des Verfahrens informiert.

Die Beschlusskammer hat den beteiligten Netzbetreibern mit Schreiben vom 26.05.2017 gemäß § 67 Abs. 1 EnWG Gelegenheit gegeben, sich zu der beabsichtigten Entscheidung der Beschlusskammer zu äußern. Der beteiligte Netzbetreiber Bayernwerk Netz GmbH hat mit Schreiben vom 09.06.2017 Stellung genommen und darauf hingewiesen, dass die übertragenen KAdnb für 2016 in Höhe von -4.722 € und für 2017 in Höhe von 223.002 € auch in Anlage 1 auszuweisen sind. Die Angaben wurden in die Anlage 1 des Beschlusses übernommen.

Das Bundeskartellamt und die Landesregulierungsbehörde, in deren Bundesland der Sitz des abgebenden oder aufnehmenden Netzbetreibers belegen ist, wurden gemäß § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG beteiligt.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Verfahrensakte verwiesen.

II.

Die Festlegung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen erfolgt auf Grundlage des § 26 Abs. 2 ARegV i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 10 und § 4 ARegV.

1. **Zuständigkeit**

Gemäß § 54 Abs. 2 S. 5 EnWG ist stets diejenige Regulierungsbehörde für die Festlegung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen nach § 26 Abs. 2 ARegV zuständig, welche die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des abgebenden Netzbetreibers ursprünglich festgelegt hat (BGH EnVR 18/14, Rz. 23; BR Drs. 296/16 S. 44).

Die Bundesnetzagentur hat die ursprüngliche Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des abgebenden Netzbetreibers gemäß § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 1 ARegV erlassen. Die Bundesnetzagentur ist daher gemäß § 54 Abs. 1 EnWG die zuständige Regulierungsbehörde. Die Zuständigkeit der Beschlusskammer ergibt sich aus § 59 Abs. 1 Satz 1 EnWG.

2. **Ermächtigungsgrundlage**

Die Bestimmung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen erfolgt durch Festlegung nach § 26 Abs. 2 ARegV i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 10 ARegV i.V.m. § 29 Abs. 1 EnWG.

3. **Bestimmung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen**

Für die beteiligten Netzbetreiber werden die sich aus **Anlage 1** ergebenden übergehenden Anteile der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen für die zweite Regulierungsperiode festgelegt.

Die mit Beschluss der Bundesnetzagentur vom 17.11.2014 unter dem Aktenzeichen BK8-12/1041-11 ursprünglich festgelegten kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des abgebenden Netzbetreibers werden für den Zeitraum der zweiten Regulierungsperi-

ode jeweils um die Beträge in **Anlage 1** vermindert. Die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des aufnehmenden Netzbetreibers werden für den Zeitraum der zweiten Regulierungsperiode erstmals in Höhe der Beträge in **Anlage 1** festgelegt. Die Festlegung des übergelenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen nach § 26 Abs. 2 ARegV erfolgt aufgrund des übereinstimmenden Antrages der beteiligten Netzbetreiber.

Die zugrunde liegende Aufteilung der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile i.S.d. § 11 Abs. 2 ARegV ist in **Anlage 2** dargestellt. Bei der jährlichen Anpassung der Erlösobergrenzen nach § 4 Abs. 3 ARegV ist bei den dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteilen grundsätzlich auf die jeweils im vorletzten Kalenderjahr entstandenen Kosten abzustellen (t-2 Verzug). Insofern können die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile nur für die ersten beiden Jahre nach dem Netzübergang festgelegt werden. Der Netzübergang erfolgte zum 01.01.2016, daher können übergehende dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile nur für die Jahre 2016 und 2017 vereinbart werden. Die maßgeblichen Ist-Werte entstammen den Jahren 2014 und 2015. Bei der Bestimmung der Werte für 2017 und 2018 ist zu beachten, dass die Baukostenzuschüsse und Netzanschlusskostenbeiträge nach der Ordnungsänderung vom 14.06.2016 ab dem 01.01.2017 nicht mehr mit t-2 Versatz, sondern als Plankosten mit späterer Ist-Abrechnung anzusetzen sind. Die Baukostenzuschüsse und Netzanschlusskostenbeiträge sind somit ab dem Kalenderjahr 2017 im Rahmen des Teilnetzübergangs nicht mehr übertragbar.

Vom Netzbetreiber gegebenenfalls gem. § 4 Abs. 3 ARegV vorzunehmende Anpassungen bleiben jedoch unberührt. Der abschließenden Bestimmung des Regulierungskontosaldos werden sodann die vom Netzbetreiber angepassten und durch die Beschlusskammer geprüften Erlösobergrenzen zu Grunde gelegt.

Das Sachanlagevermögen zu Anschaffungs- und Herstellungskosten des übergehenden Netzteils wird in **Anlage 3** ausgewiesen. Die Strukturparameter und die für die Fortschreibung der FSV Verlustenergie bzw. Festlegung volatiler Kostenanteile relevanten Verlustenergiekosten des übergehenden Netzteils werden in **Anlage 4** dargestellt.

4. Übertragung von Erweiterungsfaktor und Qualitätselement

Die beteiligten Netzbetreiber haben keinen Antrag gestellt, Beträge aus einem genehmigten Qualitätselement zu übertragen.

Die beteiligten Netzbetreiber haben einen Antrag gestellt, Beträge aus einem genehmigten Erweiterungsfaktor zu übertragen.

Die Übertragung wird unter einer auflösenden Bedingung nach § 36 Abs. 2 Nr. 2 VwVfG genehmigt. Sie erfolgt für den jeweiligen Netzbetreiber nur solange, bis ihm ein Erweiterungsfaktor genehmigt wird, in dem der Netzübergang Berücksichtigung findet.

Die Bedingung ist sowohl geeignet, als auch erforderlich und angemessen. Sie verhindert eine mögliche Schlechterstellung des abgebenden und eine Besserstellung des aufnehmenden Netzbetreibers, die allein aufgrund von Verfahrensabläufen entstünde. Durch die Berücksichtigung der Parameter des übergehenden Netzteils im Rahmen des Netzübergangs und einer zukünftigen Erweiterungsfaktoranpassung käme es beim aufnehmenden Netzbetreiber zu einer insoweit überhöhten Anpassung; beim abgebenden Netzbetreiber dementsprechend zu einem überhöhten Abzug. Dies wird durch die auflösende Bedingung vermieden.

Die im Rahmen der Festlegung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen nach § 26 Abs. 2 ARegV berücksichtigten Anpassungsbeträge aufgrund eines Erweiterungsfaktors werden in **Anlage 1** ausgewiesen.

III.

Hinsichtlich der Kosten nach § 91 EnWG ergeht ein gesonderter Bescheid.

IV.

Die beigefügten **Anlagen 1 bis 4** sind Bestandteil dieses Beschlusses.

- Anlage 1** enthält den übergehenden Anteil der kalenderjährlichen Erlös-obergrenze für alle Jahre der Regulierungsperiode, in Euro.
- Anlage 2** weist die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile nach § 11 Abs. 2 ARegV des übergehenden Netzteils für die ersten beiden Kalenderjahre nach dem Netzübergang in Euro aus.
- Anlage 3** enthält das Sachanlagevermögen zu historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten des übergehenden Netzteils, in Euro.
- Anlage 4** dokumentiert die Strukturparameter und relevanten Daten für die Anpassung der Verlustenergiekosten im Rahmen der FSV Verlustenergie bzw. der Festlegung volatiler Kostenanteile des übergehenden Netzteils.

Etwaige Anpassungen der festgelegten kalenderjährlichen Erlösobergrenzen bleiben unberührt.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Vorsitzender


Bourwieg

Beisitzer


Petermann

Beisitzer


Bender

Festlegung des übergelenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenze gem. § 26 Abs. 2 ARegV

Zusammensetzung des Erlosobergrenzenanteils des übergelenden Netzteils												
Jahr	Erlosobergrenzenanteil [EUR]	dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile [EUR]	vorubergelend nicht beeinflussbare Kostenanteile [EUR]	nicht abgebaute beeinflussbare Kostenanteile [EUR]	Kostenanteile aus dem Verbraucherpreisgesamtindex nach § 6 Abs. 1 ARegV [EUR]	Kostenanteile aus dem generellen sektoralen Produktivitätsfaktor nach § 9 ARegV [EUR]	Erweiterungsfaktor (inkl. VPI abzgl. PF) [EUR]	Qualitäts-element [EUR]	Volatile Kostenanteile [EUR]	Saldo des Regulierungskontos [EUR]	Härtefall [EUR]	Sonstiges [EUR]
2014												
2015												
2016												
2017												
2018												

Jahr	VPI	PF
2013	102,10	
2014	104,10	0,0150
2015	105,70	0,0302
2016	106,60	0,0457
2017	106,90	0,0614
2018	107,40	0,0773

Festlegung des übergelenden Anteils der kalenderjährliehen Erlösobergrenze gem. § 26 Abs. 2 ARegV

Sachanlagevermögen (historische Anschaffungs- und Herstellungskosten) des übergelenden Netzteils		
Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
Grundstücke		
2015		22
2013		28
2011		32
2010		37
2009		115
2006		322
2002		739
1999		156
1998		1.209
1997		9.540
1996		1.403
1993		4.060
1989		1.344
1988		77
1987		1.268
1985		5.670
1984		5.399
1983		2.790
1982		2.141
1981		5.869
1980		2.322
1979		2.371
1978		11.791
1977		17.404
1976		5.119
1975		11.228
1974		6.627
1973		7.196
1972		5.877
1971		3.773
1970		3.924
1969		5.707
1968		2.125
1967		1.261
1966		2.022
1965		3.401
1964		430
1963		1.188

Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
1962		2.036
1961		2.475
1960		10.217
1959		4.157
1958		3.944
1957		254
1956		222
1953		469
1952		457
1951		353
1950		20
Summe		160.591
Kabel Mittelspannungsnetz		
2013	40	15.526
2012	40	3.866
2009	40	94.359
2008	40	48.883
2006	40	35.144
2005	40	134.861
2004	40	118.797
2003	40	88.019
2002	40	27.795
2001	40	7.327
1999	40	35
1998	40	15.084
1997	40	34.330
1996	40	138.194
1995	40	74.766
1994	40	16.675
1993	40	28.418
1992	40	163.919
1991	40	39.018
1990	40	73.303
1989	40	10.716
1988	40	179.140
1987	40	92.969
1986	40	13.486
1985	40	50.984
1984	40	161.095
1983	40	88.527
1982	40	107.227
1981	40	126.245
1980	40	224.387
1979	40	135.794
1978	40	44.229

Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
1977	40	61.720
1976	40	88.253
1975	40	91.909
1974	40	111.824
1973	40	66.177
1972	40	150.383
1971	40	110.669
1970	40	53.965
1969	40	85.139
1968	40	21.988
1967	40	30.421
1966	40	6.538
1965	40	16.718
1964	40	27.899
1963	40	192.460
1962	40	87.685
1961	40	190.578
1960	40	211.637
1959	40	44.526
1958	40	49.001
1957	40	38.049
1956	40	10.311
1954	40	4.399
1952	40	1.422
1951	40	7.266
1950	40	137
1948	40	1.900
Summe		4.156.092
Kabel 1 kV		
2014	40	21.447
2013	40	288
2012	40	53.855
2011	40	3.392
2010	40	62.858
2009	40	17.360
2008	40	80.719
2007	40	35.777
2006	40	59.348
2005	40	74.221
2004	40	43.737
2003	40	122.377
2002	40	77.767
2001	40	109.812
2000	40	35.729
1999	40	166.256

Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
1998	40	102.529
1997	40	228.408
1996	40	202.686
1995	40	181.841
1994	40	204.786
1993	40	323.619
1992	40	260.472
1991	40	242.457
1990	40	285.281
1989	40	420.423
1988	40	655.832
1987	40	385.196
1986	40	350.234
1985	40	318.627
1984	40	368.215
1983	40	244.376
1982	40	360.358
1981	40	613.563
1980	40	261.715
1979	40	307.677
1978	40	505.198
1977	40	374.036
1976	40	178.848
1975	40	143.405
1974	40	238.603
1973	40	217.244
1972	40	195.077
1971	40	200.729
1970	40	88.143
1969	40	114.313
1968	40	67.681
1967	40	134.748
1966	40	143.383
1965	40	77.040
1964	40	173.186
1963	40	210.948
1962	40	63.676
1961	40	309.044
1960	40	274.132
1959	40	243.172
1958	40	230.581
1957	40	107.117
1956	40	7.921
1955	40	170
1954	40	2.847

Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
1953	40	4.065
1952	40	207
Summe		11.588.752
Kabel Abnehmeranschlüsse		
2014	35	31.116
2013	35	58.817
2012	35	50.835
2011	35	27.754
2010	35	24.380
2009	35	34.257
2008	35	33.196
2007	35	42.500
2006	35	59.823
Summe		362.678
Freileitungen Mittelspannungsnetz		
1995	30	40.705
1994	30	8.723
1993	30	72.665
1992	30	274
1990	30	1.325
1988	30	20.508
1986	30	3.741
1985	30	6.149
1982	30	7.499
1981	30	34.526
1980	30	11.001
1979	30	51.200
1978	30	12.052
1977	30	5.249
1976	30	25.449
1975	30	8.945
1973	30	2.663
1972	30	489
1971	30	2.859
1970	30	7.705
1969	30	1.227
1968	30	13.790
1967	30	6.430
1966	30	1.112
1965	30	9.583
1964	30	1.132
1962	30	6.134
1961	30	31
1960	30	7.389
1959	30	3.348

Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
1956	30	59
1955	30	52
1948	30	4.661
Summe		378.675
Ortsnetzstationen		
2014	30	3.864
2013	30	8.937
2012	30	8.149
2011	30	7.784
2009	30	24.396
2008	30	62.489
2007	30	19.819
2006	30	81.321
2005	30	33.076
2003	30	16.886
2002	30	64.547
2001	30	46.000
2000	30	72.147
1999	30	46.343
1998	30	68.814
1997	30	72.800
1996	30	38.340
1995	30	4.542
1994	30	20.747
1993	30	76.933
1992	30	55.679
1991	30	22.575
1990	30	60.790
1989	30	23.719
1988	30	117.130
1987	30	88.375
1986	30	86.000
1985	30	47.041
1984	30	67.296
1983	30	71.577
1982	30	126.112
1981	30	114.848
1980	30	160.635
1979	30	79.938
1978	30	94.971
1977	30	106.203
1976	30	35.049
1975	30	76.160
1974	30	77.833
1973	30	109.146

Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
1972	30	121.761
1971	30	53.117
1970	30	69.629
1969	30	47.396
1968	30	74.916
1967	30	55.804
1966	30	30.419
1965	30	64.349
1964	30	35.650
1963	30	4.780
1962	30	73.556
1961	30	54.719
1960	30	117.881
1959	30	74.720
1958	30	20.602
1957	30	8.468
1956	30	8.042
1955	30	3.202
1954	30	1.241
1953	30	3.600
1951	30	4.099
1950	30	2.420
1949	30	114
1948	30	1.731
Summe		3.331.227
Ortsnetz-Transformatoren, Kabelverteilerschränke		
2013	30	6.468
2012	30	21.489
2008	30	6.087
2006	30	21.614
2005	30	3.363
2004	30	12.090
2003	30	16.645
2002	30	6.450
2001	30	5.378
1997	30	9.247
1996	30	12.840
1995	30	6.635
1994	30	16.710
1993	30	23.198
1992	30	12.754
1991	30	18.760
1990	30	3.174
1989	30	11.665
1988	30	4.855

Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
1987	30	8.975
1986	30	8.062
1985	30	7.568
1984	30	11.117
1983	30	11.117
1982	30	13.704
1981	30	36.757
1980	30	30.880
1979	30	9.833
1978	30	20.141
1977	30	41.465
1976	30	13.201
1975	30	19.852
1974	30	14.829
1973	30	30.172
1972	30	34.975
1971	30	18.228
1970	30	24.345
1969	30	4.160
1968	30	9.316
1967	30	7.458
1966	30	8.698
1965	30	4.761
1964	30	8.180
1963	30	8.487
1961	30	10.498
1960	30	2.353
1959	30	3.909
1956	30	4.658
Summe		647.121
Zähler, Messeinrichtungen, Uhren, TFR-Empfänger		
2014	20	275
2013	20	10.781
2012	20	15.998
2011	20	25.870
2010	20	19.998
2009	20	15.877
2008	20	56.110
2007	20	71.647
2006	20	12.556
2005	20	41.450
2004	20	15.121
2003	20	41.192
2002	20	11.951
1999	20	62.621

Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
1998	20	24.799
1997	20	18.563
1996	20	15.778
1995	20	634.982
Summe		1.095.569
Summe Insgesamt		21.720.705

Festlegung des übergelenden Anteils der kalenderjährliehen Erlösbergrenze gem. § 26 Abs. 2 ARegV

Strukturparameter und Verlustenergie des übergelenden Netzteils		
Strukturparameter	Einheit	Wert
Versorgte Fläche (NS)	km ²	4,44
Geographische Fläche (MS)	km ²	0,00
Anschlusspunkte (NS)	Anzahl	6.473
Anschlusspunkte (MS)	Anzahl	227
Einspeisepunkte (NS)	Anzahl	423
Einspeisepunkte (NS), die auch Anschlusspunkte sind	Anzahl	388
Einspeisepunkte (MS)	Anzahl	0
Zeitgleiche Jahreshöchstlast (MS/NS)	kW	16.676
Zeitgleiche Jahreshöchstlast (HS/MS)	kW	0
Verlustenergie	Einheit	Wert
Kosten in der Ausgangsbasis der 2. Regulierungsperiode	EUR	188.342
Den Kosten zu Grunde liegende Menge	kWh	3.369.565